

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 30

Erscheint Sonntag.
Zeugungspreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Zur Postbezugs-
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 17. Juli 1932

Geschäftsstelle: Berlin E2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Der Tag des Schicksals!

Ein Wort an unsere Kolleginnen.

Das Schachergeschäft, das vor der Bildung der Regierung der Konterrevolution vorausging, ist jedem Denkenden klar erkennbar: Das Braune Haus bekam Terrorfreiheit, es erzwang die Auflösung des Reichstags, um die neu eingekleideten Braunhemden auch gleich auf das gequälte Volk loslassen zu können. Stahlrute, Revolver und Schafstiefel ersetzen geistige Argumente. Das Auftreten der Bürgerkriegsarmee soll das selbständige Denken verschrecken! Denn dies kann das Braune Haus gerade am wenigsten gebrauchen. Der Terrorlärm der Straße soll eine wichtige Feststellung überhöhen: die Feststellung nämlich, daß die Nazis die Baronsregierung als Gegenleistung für so viele ihnen erwiesene Freundlichkeit dulden.

Wohl verfügt das Adelskabinett über keine Mehrheit — und darum durfte es nicht wagen, sich den Volksvertretern zu stellen —, aber es stützt sich auf die „neuen aufbauenden Kräfte“, die dem geistreichen Ruf „Heil Hitler“ folgen. Diesen „aufbauenden Kräften“ haben wir einen Abbau zu danken, so brutal und rückwärtslos, wie ihn sich seither noch kein „System“ geleistet hat. Wie waren doch die Parolen der Propheten des Dritten Reichs, an die sich wie an einen Rettungsanker alle die Klammerten, die durch eine rückwärtslose und zum Teil auch unfähige kapitalistische Wirtschaftsdiktatur zu proletarischem Dasein verurteilt worden waren? „Weg mit diesem System“ und „Nieder mit dem Marxismus“ — so lauteten die Zauberformeln, mit deren Erfüllung dann „alles anders werden“ soll!

Wißt ihr jetzt, welches System gemeint war? Das System, das nach den Worten dieser freiherrlichen Naziregierung den Staat zu einer „Wohlfahrtsanstalt“ gemacht hat. Vor Antritt ihres Amtes haben die neuen Regierungsmänner ihren Schwur auf die Verfassung geleistet und sich damit auch für die strikte Beachtung des Artikels 163 verpflichtet, in dem es heißt:

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“

Dieses System, den Scharfmachern und Geldgebern des Braunen Hauses schon längst ein Dorn im Auge, soll verschwinden, das System, das in dem Geist der Novemberrevolution die Pflicht der Gemeinschaft festlegte, für den notwendigen Unter-

halt aller arbeitsbereiten Staatsbürger Vorsorge zu treffen.

Ein erster Schlag gegen dieses System ist vom Kabinett der Nazibarone geführt: 1½ Milliarden Mark Opfer der Armen bringt die neue Notverordnung, deren erschreckende Folgen die Arbeiterschaft und andere kleine Leute heute bereits mit Grauen zu fühlen bekommen. Der Schlag traf vor allem die den Kapitalisten verhaftete Einrichtung des Anspruchs der Opfer der kapitalistischen Krise auf Arbeitslosenunterstützung! Nur 6 Wochen dauert dieser Anspruch, dann aber tritt die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit ein, dann — ganz wie einst im alten Deutschland — Verweisung ans Armenamt. Diese Maßnahme entspricht lediglich der sozialreaktionären Einstellung der Männer des Herrenklubs (Frauen haben dort sowieso nichts zu melden) und ihrer naziotischen Helfer. Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung reichten vollkommen aus zur unveränderten weiteren Erfüllung des Versicherungsanspruchs. Dafür leisten ja auch die in Arbeit Stehenden die sehr hohen Beiträge! Und zu der Drosselung der Unterstützungsdauer auch noch die Kürzung der Unterstützung, eine Kürzung, die sich nach den Grundfäden ausgleichender Herrenklubs-Gerechtigkeit fortsetzt in alle Stufen der Erwerbslosenbetreuung. Man bekommt fast den Eindruck, als habe das Hitler-Papen-Kabinett alle Kollektenden zu einem einheit-



Freiheit

und Kriegerhinterbliebenen müssen antreten und auf dem Altar der Hitler-Barone opfern.

Ist es auch „Anpassung an die Armut der Nation“, wenn der Großindustrie gleichzeitig mit der Neubelastung der Armen ein Steuergeschenk von 100 Millionen in großmütiger Geberlaune dargebracht wird, wenn sie den adligen Großgrundbesitzern des Ostens ihre Fronde gegen die Republik mit hohen Subventionen belohnen? Das sich auf die Terrorbanden der SA-Landsknechte stützende Kabinett will den Grundsatz wieder zur Geltung bringen: **Wer knecht ist, soll knecht bleiben!** Nachdem Adolf Hitler für seine Judasdienste entlohnt und ein reicher Mann geworden ist, dem man vorerst die Illusion noch beläßt, ein Führer zu sein, nachdem den anderen Ehrgeizigen der Hitler-Armee fette Pfründen zugesagt sind, ist für alle diese Verkünder des Dritten Reichs die soziale Frage gelöst.

Und die Millionen Betrogenen, die den Verheißungen Glauben schenkten und nun auf die Erfüllung warten? Sie werden verspüren, wie die Erfüllung ausbleibt! Mit einem Meer der Not und der Tränen beginnt das Dritte Reich.

Kolleginnen, soll es sich voll entfalten dürfen, unter seiner blutigen Diktatur alle Freiheitsregungen erstickend? Am 31. Juli haltet ihr euer Schicksal in eurer eigenen Hand! Stellt euch in die Reihen der Eisernen Front und verheißt der Liste der Freiheit, der Liste 1, zu einem wuchtigen Sieg. Toni Sender.

Der Arbeitsmarkt im Juni

zeigt im großen und ganzen das gleiche Bild wie der Vormonat. Der Prozentsatz der Arbeitslosen hat sich mit 44,4 Proz. auf derselben Höhe gehalten, während die Zahl der Kurzarbeiter von 30,5 auf 29,3 zurückging. Insgesamt waren 73,7 Proz. Vollarbeitslose und Kurzarbeiter zu verzeichnen, so daß auch jetzt nur noch 26,3 Proz. der Kollegenschaft voll beschäftigt war.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten und vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

1931	Arbeitslose	Kurzarbeiter
April	15 050 = 26,9 %	17 956 = 32,3 %
Mai	15 222 = 27,6 %	16 336 = 29,6 %
Juni	15 440 = 28,2 %	15 114 = 27,6 %
1932		
April	20 995 = 43,9 %	14 701 = 30,8 %
Mai	21 201 = 44,4 %	14 535 = 30,5 %
Juni	20 982 = 44,4 %	13 848 = 29,3 %

Gegenüber dem Vorjahr ist demnach die Zahl der Arbeitslosen um 5542 gestiegen.

Die zehn größten Zahlstellen mit zusammen 28 750 Mitgliedern zeigen nur ge-

ringe Veränderungen des Arbeitsmarktes. Im einzelnen entfielen in diesen auf 100 Mitglieder:

	Mai 1932			Juni 1932		
	Kritikal.	Fugant.	Kollark.	Kritikal.	Fugant.	Kollark.
1. Berlin	49	19	32	48	21	31
2. Leipzig	51	44	5	50	42	8
3. Dresden	40	55	5	41	50	9
4. Hamburg	47	11	42	49	13	38
5. Hannover	44	29	27	45	8	47
6. Bielefeld	34	28	38	33	29	38
7. Stuttgart	37	42	21	37	52	11
8. München	29	29	42	30	21	49
9. Nürnberg	54	25	21	53	26	21
10. Frankfurt a. M.	42	40	18	41	45	14

München steht auch diesmal mit 49 Proz. Vollarbeitern an der Spitze der gut beschäftigten Großstädte. Auch in Hannover hat sich der Geschäftsgang erheblich gebessert, da durch starken Rückgang der Kurzarbeit die Zahl der Vollarbeiter auf 47 Proz. gestiegen ist, während sie im Vormonat nur 27 Proz. betrug. Die geringsten Vollarbeiterziffern mit 8 und 9 Proz. weisen auch in diesem Monat wieder Leipzig und Dresden auf, obwohl auch hier eine geringe Besserung zu verzeichnen ist.

Nach den Konjunkturberichten, die sich auf 28 000 Berufsangehörige erstrecken, ist die Ziffer der gut Beschäftigten von 14 auf 11 Proz. zurückgegangen. Aber auch die Zahl der schlecht Beschäftigten ging in dem gleichen Zeitraum von 53 auf 50 Proz. zurück, die Zahl der befriedigend Beschäftigten stieg von 33 auf 39 Proz.

Die Mitgliederziffer ist um weitere 500 Mitglieder gesunken, sie betrug 47 221, darunter 29 482 Kolleginnen.

Kampf der Reaktion!

Die Weltwirtschaftskrise mit ihren katastrophalen Folgen für die arbeitende Schicht hat viele politische Hasardeure auf den Plan gerufen, die die allgemeine Notlage der Schaffenden zum Sprungbrett ihrer reaktionären Ziele machen wollen. Die einen preisen den Bolschewismus als Rettung aus der gegenwärtigen schlechten Lage, die anderen das Dritte Reich als Paradies auf Erden!

Doch so gegenfährlich die Bestrebungen dieser beiden Parteien auch sind, in einem Punkt stimmen sie völlig überein: die verhasste Sozialdemokratie zu vernichten und die Einheit der Gewerkschaften zu stören, um schneller zu ihren dunklen Zielen zu kommen. Dieser mit verbrecherischer Demagogie und verabscheuungswürdiger Verlogenheit ins Werk gesetzte Feldzug gegen Partei und Gewerkschaften sollte jedem klassenbewußten schaffenden Menschen Veranlassung sein, sich abzuwenden von solchen Elementen, die unter der Mäse von Volksbeglückern das ganze Land in neues Elend, in noch tiefere Verzweiflung stürzen wollen. Wer Zerpflikerung und Unzufriedenheit in unsere Reihen trägt, wer alles in jahrzehntelanger Aufbauarbeit Erreichte und Erklämpfte zerschlagen will, kann niemals auf das Wohl der Arbeiterschaft bedacht sein! Die mühsam erworbenen sozialen Rechte beseitigen, können nur Totengräber der Arbeiterbewegung wollen! Das gilt es festzuhalten, denn es muß uns den Weg zeigen, den wir gehen müssen in dieser von Machtgier und Mordhege erfüllten Zeit, den einzigen Weg, der erfolgreich begangen werden kann, um die völlige Verelendung und Rechtslosigkeit des Proletariats zu verhindern: den Weg zur Einigkeit!

Der Anfang ist bereits gemacht worden: Die „Eiserne Front“ steht! Ihre Bildung hat feinerzeit begehrten Widerhall gefunden bei den Anhängern unserer gerechten Sache. Das fortgesetzte Wutgeheul darüber in der reaktionären Presse aber zeigt, welche scharfe Waffe wir uns

durch die Zentralisierung aller sozial geminteten Körperschaften zur Verteidigung und Wahrung unserer Interessen geschnitten haben. An der Mauer dieser „Eisernen Front“ werden alle Anstürme von rechts und links zerfallen, sie müssen zerfallen, wenn jeder einzelne von uns nicht müde wird, dieser Front neue Anhänger, neue Kämpfer zuzuführen. Das Gebot der Stunde heißt: alles daransetzen, den baldigen Aufstieg des schwer um seine Existenz ringenden Proletariats herbeizuführen. Dies aber ist nur möglich, wenn den politischen Brunnenvergiftungen schnellstens und gründlichst das Handwerk gelegt wird. In dieser Richtung hin tätig sein, bedeutet für jeden, aktiven Anteil nehmen am Kampf des Sozialismus gegen Reaktion und Faschismus; bedeutet mit beitragen zur Befreiung der arbeitenden Klasse aus Hunger, Not und Arbeitslosigkeit! Wer in diesem Sinne seine Pflicht erfüllen will, muß am 31. Juli sozialdemokratisch wählen!



Vertragsabschluss mit dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer.

Am 5. Juli wurde in Berlin mit dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer ein neuer Mantel-, Lohn- und Akkordtarif abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Vertragswerkes erfolgte unsererseits unter schwersten Bedenken auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses, nachdem sich der Verbandsvorstand und der Tarifausschuß eingehend mit dem Verhandlungsergebnis und der gegenwärtigen Situation beschäftigt hatten. Die Unternehmer haben diesen für sie günstigen Abschluß den für uns allerungünstigsten Zeitverhältnissen zu verdanken. Sie haben sozusagen die Situation ausgenutzt. Ob das zu ihrem Vorteil ausfällt, steht auf einem anderen Blatt. Wir haben uns nach schwerem Ringen mit uns selbst entschlossen, die Waffen, die uns gegen das Ansinnen der Unternehmer zur Verfügung standen, im Allgemeininteresse nicht zu benutzen. Wir wollen aber auch kein Hehl daraus machen, daß diese Entscheidung nur an einem Faden hingehalten hat. Es wäre zu einem Brand gekommen, der manchen Betrieben, deren Inhaber bei diesen Verhandlungen eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt haben, bitter hätte aufstoßen können. Wenn die Leitung des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer nicht in der Lage ist, die alles umstürzenden radikalen Elemente in ihrem Lager zu bändigen, dann dürfte die seit über vier Jahrzehnten bestehende Tarifgemeinschaft ernstlich gefährdet sein. Wir wünschen nicht, daß es dazu kommt, denn der Tarifvertrag bringt beiden Seiten auf Grund der langjährigen Zusammenarbeit ziemlich gleichmäßig abgemessen viel Gutes. Sein Aufheben müßte bedeuten, daß die Großbuchbindereien in den alten Buchzentren vollkommen dem Unter-

gang ausgeliefert würden. Wenn aber gewisse Elemente im Unternehmerlager hoffen, daß wir mit Rücksicht auf die Lage in Leipzig und anderwärts immer die Nachgebenden sein müssen, dann haben sie ganz bestimmt „die Rechnung ohne den Wirt gemacht“. Das Paket der Eroberungen, das die Unternehmer nach diesen vierwöchigen Tarifverhandlungen mit nach Hause nehmen, enthält auch den Mühsstein an ihrem Hals. Es ist ihre Sache, ob dieser sie in den Abgrund ziehen wird oder nicht. Sie haben noch Zeit zum Beobachten und Besinnen.

Der Mantelvertrag bringt uns als Nachteil gegenüber dem alten Vertrag zunächst die anteilige Bezahlung der Ferien bei Kurzarbeit. Diese Position mußten wir auf Grund von Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes aufgeben. Die neue Fassung soll jedoch erst ab 1933 in Kraft treten. Für das Jahr 1932 ist vereinbart, daß allen Arbeitern, auch denen, die stark verkürzt arbeiten, der tarifliche Ferienanspruch mit 75 Proz. des Lohnes eines Vollarbeiters (48 Stunden) als Entschädigung vergütet werden muß, und zwar rückwirkend ab 1. Mai 1932, sofern nicht bereits vorbehaltlos Ferien bei voller Bezahlung gewährt wurden.

Empfindlicher ist der Verlust eines bezahlten Feiertages. Es ist die einschneidendste Eroberung aus dem Manteltarif, die die Unternehmer mit nach Hause nehmen. Bei einigen Bestimmungen des Mantelvertrages, die Akkordarbeit betreffend, die als Grundlage für die Akkordarbeit anzusehen sind, hat die Unternehmerseite hier und da ein mehr oder minder großes Stück herausgebissen. Im Gesamtbild des Akkordtarifes sind diese Dinge durchaus nicht als Bagatelle anzusehen. Im übrigen aber haben sie ihre uferlosen Wünsche wieder einstecken müssen.

Der Manteltarif gilt bis zum 30. Juni 1933.

Der Lohnarif wurde unverändert bis zum 7. September 1932 verlängert. Von da ab kann er vierzehntägig mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden.

Der Akkordtarif hatte den Hauptanstoß der Unternehmer auszuhalten. Vergleicht man rein äußerlich das Ergebnis der vierwöchigen Verhandlungen mit der Fülle der Anträge und deren Inhalt, dann könnte man zu dem Ergebnis kommen: was die Gegenseite erreicht hat, ist nicht weit her. Der Kenner des Akkordtarifes weiß jedoch, daß wir einige wichtige Positionen aufgeben mußten, von denen der Nachlaß von 3 Proz. von den Akkordlöhnen bei weitem nicht das Schlimmste darstellt, obwohl auch dies in Anbetracht des seit dem Jahre 1931 bereits stattgefundenen Nachlasses von 15 Proz. bitter genug ist. Neben einer großen Zahl Beschränkungen der Schwierigkeitszuschläge ist der Einbruch in den Fertigmachertarif, durch den einige bedeutungsvolle Arbeiten nunmehr von Frauen gemacht werden sollen, das Bedenklichste an dem neuen Vertragswerk. Hier beginnt auch der Weg zum Abgrund für die Betriebe und auch für die Gehilfen. Wir haben vor diesem Beginn gewarnt und warnen nochmals davor, die Zeit wird uns recht geben. Im Zusammenhang damit und zum Schluß sei noch auf die unverantwortliche Forderung der Unternehmer hingewiesen, die in einem Atemzug beantragten, Gehilfenarbeiten für die Frauen freizugeben und in eine Erhöhung der Bezahlungsanzahl zu willigen. Ist das nur Unverstand? Wenn andere Triebe die Ursachen solcher Anträge sein sollten, dann müssen wir den Herren das Sprichwort ins Gedächtnis rufen: „Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht.“

Die Änderungen im Akkordtarif einschließlich des neuen Abschlags von 3 Proz., treten am 4. August 1932 in Kraft.

Paul Schade

25 Jahre Verbandsvorstandsmittglied.

Am 13. Juli 1907 wählte die Zahlstelle Berlin durch Urwahl die Beisitzer zum Verbandsvorstand für die sich an den Nürnberger Verbandstag anschließende Geschäftsperiode. Unter den Gewählten befand sich unser alter Freund Paul Schade. Mit der Vorstandswahl vom 18. Juli 1907 begann er seine Tätigkeit, die er seit diesem Tage in ununterbrochener Folge ausgeübt hat.

Kollege Schade war bei seiner Wahl ganz gewiß kein Neuling in Gewerkschaftsdingen. Im Jahre 1887 war er dem damaligen Fachverein beigetreten, dem er bis zu seiner Militärdienstzeit (1890 bis 1893) angehörte. Vom Kommiss zurück, trat er im Oktober 1893 in den Verband ein, von dem er bald mit Funktionen bedacht wurde. 1895 finden wir ihn als Schriftführer der Zahlstelle, 1896 als Vertrauensmann eines der damals größten Betriebe Berlins und 1898 trat er in die Berliner Tarifkommission ein, deren Vorsitzender er 1900 wurde. Bis zum Jahre 1906 stand er an der Spitze dieser für die Entwicklung des Tarifwesens äußerst wichtigen Körperschaft. Nach seinem Ausscheiden aus dieser half er als Leiter der Branchenkommision für die Kartonnagenindustrie tatkräftig und erfolgreich am Aufbau der Kartonnagenbranche mit. Zwischendurch — von 1903 bis 1907 — war er Mitglied des Gauvorstandes im damaligen Gau I unseres Verbandes. Mit seinem Eintritt in den Verbandsvorstand mußte er alle diese ihm lieb gewordenen Funktionen aufgeben, die ihm zwar viel Arbeit, aber auch sehr viele Erfolge gebracht haben.

In den 25 Jahren seiner Tätigkeit als Verbandsvorstandsmittglied hat der jetzt 64jährige den Aufstieg unseres Verbandes in führender Position wesentlich bestimmend mitmachen dürfen. Seine reichen praktischen Erfahrungen in allen Gewerkschaftsfragen befähigten ihn zu einem außerordentlich scharfen und richtigen Urteil, das er bei allen sich bietenden Gelegenheiten in die Waagschale warf. Dabei zeichnete ihn fleißigste Pflichterfüllung aus, Paul Schade ist der pünktlichste Teilnehmer aller Vorstandsvorstellungen. Sein schlagfertiges persönliches Wesen hat es zuwege gebracht, daß er wohl das populärste unserer Verbandsmittglieder ist, das sich infolge seines drastischen Humors weit über die Grenze der Zahlstelle Berlin hinaus in allgemeiner Achtung, Zuneigung und uneingeschränktester Freundschaft sonnen darf, wie selten einer. Dem tapferen und unverdrossenen Kämpfer gebührt unser aller ehrlicher und herzlichster Dank.

Der Verbandsvorstand.

Verlängerung der Amtszeit der Vertreter in der Sozialversicherung.

Die Notverordnung vom Dezember 1931 ermächtigte die Reichsregierung, die Dauer der ehrenamtlichen Tätigkeit der Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsnappschaffengesetzes und des Schwerbeschädigtengesetzes gewählt sind, bis zu einem Jahr zu verlängern. Für die Betriebsvertretungen ist bereits durch Verordnung vom 14. Dezember 1931 die Amtsdauer um ein Jahr verlängert worden.

Durch Verordnung vom 25. Juni 1932 wird nunmehr bestimmt:

„Die Amtsdauer der Personen, die nach den Vorschriften der Reichsversiche-

rungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes und des Reichsnappschaffengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden würde, verlängert sich um ein halbes Jahr.“

Soweit solche Wahlen im Jahre 1932 vor Verkündung dieser Verordnung stattgefunden haben, bleibt ihre Wirksamkeit unberührt, die Wahlzeit der neu gewählten Vertreter endet jedoch zum gleichen Zeitpunkt wie die Amtsdauer der Personen, deren Wahlzeit durch die

neue Verordnung bis 30. Juni 1933 verlängert worden ist.

Ursprünglich war beabsichtigt, die sozialen Wahlen um ein Jahr hinauszuschieben. Die neue Reichsregierung scheint aber der Ansicht zu sein, bereits bis zum Frühjahr nächsten Jahres mit den geplanten organisatorischen Änderungen in den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung soweit fertig zu sein, daß schon am 1. Juli 1933 die neu gewählten Vertreter ihre Tätigkeit beginnen können. Die Wahlen selbst dürften im Mai nächsten Jahres stattfinden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Millionen deutscher Arbeiter haben im Weltkriege für die Freiheit unseres Volkes gekämpft. Hunderttausende haben ihr Leben geopfert, Hunderttausende sind zerschossen, als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt. Ihre Frauen, ihre Töchter haben als Arbeiterinnen in der gleichen Notzeit in den Fabriken die verwaisten Plätze ihrer Väter, Brüder und Söhne ausgefüllt. Sie alle arbeiteten, kämpften und starben in der Hoffnung auf ein freieres Deutschland.

Alle diese deutschen Männer und Frauen haben Gut und Blut für Deutschland eingesetzt. Sie haben mehr für die Einheit unseres Staates und den Aufbau einer neuen Lebensordnung des Volkes geleistet als sich irgendeine deutsche Regierung rühmen kann.

Gestützt auf diesen beispiellosen Opfermut haben die Führer der deutschen Arbeiterschaft in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte den Kampf gegen außenpolitische Unterdrückung auf sich genommen und die Grundlagen des sozialen Staats geschaffen. Es ist eure geschichtliche Tat, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, daß das Deutsche Reich nicht zerfallen, daß seine Einheit gerettet worden ist.

Trotzdem wagt es eine deutsche Partei, die erst entstand, als die größte Gefahr vorüber war, Euch als die Verräter an der deutschen Sache zu verleumden. Sie erdreistet sich, tagtäglich in ihrer Presse und in ihren Versammlungen gegen Euch eine hemmungslose Lüge hege zu entfalten, nur weil Ihr Sozialisten, nur weil Ihr Gewerkschafter seid.

Unter denen, die diesen Lügenfeldzug führen oder abgedroschene Phrasen gedankenlos nachschwächen, sind viele, die nie die Front gesehen, geschweige denn im Trommelfeuer gelegen haben, sind viele, die sich in der Heimat herumdrückten, sind unzählige, die noch in den Kinderschuhen staken, als Ihr im Schlamm der Schützengräben und in Granatlöchern aushielten.

Alle diese Heimtrieger und Maulhelden, Leute wie Fried, Kube, Goebbels und Konsorten, haben die freche Stirn, die Sozialdemokratie als die „Partei der Defektoren“ zu beschimpfen. Und die gleiche Regierung, die wegen jeder angeblichen Kränkung der Ehre ihrer Kabinettsmitglieder den ganzen Machtapparat des Staates in Bewegung setzt, hat noch nie etwas unternommen, um die Ehre dieser Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen gegen ihre erbärmlichen Verleumder zu schützen.

Eine Regierung, die diesen bewußten Lügen nicht entgegentritt, duldet die Entehrung des Volkes, an dessen Spitze sie steht. Sie ist nicht abgerückt von denen, die seit Jahren den Geist des Bruderhasses in unser Volk hineintrugen.

Die jetzige Regierung gilt als der Wegbereiter des Dritten Reiches, Hitler als ihr heimlicher Chef. Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr alle wißt, was das bedeutet!

Das Dritte Reich Hitlers übertrumpft den alten Obrigkeitsstaat. Es ist der Zuchthausstaat, der selbst in den schlimmsten Jahrzehnten der Sozialistenverfolgung nie auf deutschem Boden bestanden hat. Die nationalsozialistischen Führer wollen in einem Deutschland rechtloser Sklaven die Herren sein. Sie verachten das Volk. Deshalb soll es nichts zu sagen haben. Sie sind bei ihrem Anhang an Kadavergehorsam gewöhnt. Darum nennen sie Euch „Untermenschen“. Trotzdem buhlen sie um eure Sitmmen. Der Freiheitskampf der Arbeiterklasse soll durch Blutjustiz erstickt, die verfassungstreue Polizei beseitigt werden. Der feige Terror gegen die Arbeiterschaft, heute bei Nacht und Nebel ausgeübt, soll der Braunen Polizei von Amts wegen übertragen werden. Den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wird die large Rente gekürzt. Die SA. marschiert in neuen Uniformen. Den Gewerkschaften soll die Kampffreiheit geraubt, die jugendlichen Arbeiter sollen in die Zwangsarbeit der Arbeitsdienstplicht gesteckt und für das Dritte Reich gedrückt werden. Die SA.-Führer wollen die Zuchttrute über die deutsche Jugend schwingen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, macht diesen braunen Spuk rücksichtslos ein Ende, schließt Euch zusammen in der eisernen Abwehrfront. Die Armeen des Dritten Reiches müssen an Euren festgefühten Formationen zerfallen. Duldet keine Zerpfitterung eurer Kräfte. Fort mit den Mörglern und Kleingläubigen!

Aktivität! Jeder einzelne sei ein Kämpfer!**Disziplin! Geschlossener Einsatz aller Kräfte!****Einigkeit! Eiserne Front des arbeitenden Volkes gegen alle Soldateske des Kapitals!****Euer der Sieg! Freiheit! Wählt Liste 1.****Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.**

Unsere Gautage.

Der letzte unserer Gautage war der für den Gau Hannover,

der am 25. und 26. Juni in Goslar a. S. stattfand. Vertreten waren elf Zahlstellen und drei Gauorte durch 23 Delegierte, ferner als Vertreter des Verbandsvorstandes Kollege Wienick, das Mitglied des Verbandsbeirats Kollege Ohwald-Hannover und die Gauleiter des Verbandes der Buchdrucker Pflingten-Hannover, des Verbandes der Lithographen und Steindrucker Ulrich-Hamburg und des Verbandes der Graphischen Hilfsarbeiter Spartuhl-Hannover, sowie als Vertreter des Ortsausschusses des DGB. Beyer-Goslar.

Gauleiter Kollege Kornacker eröffnete den Gautag mit einer Begrüßung der Delegierten und Gäste. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauvorstandes über die verlossene vierjährige Geschäftsperiode lagen vervielfältigt vor. Kornacker erläuterte diesen Bericht. In der verlossenen Geschäftsperiode sind im Gau 14 Betriebe der papierverarbeitenden Industrie in Konkurs geraten oder stillgelegt, wodurch zirka 500 Berufsangehörige arbeitslos geworden sind. Seit dem Gautag im Jahre 1928 hat sich die Wirtschaftslage andauernd verschlechtert. Ende April d. J. hatten die Zahlstelle Hannover 42 Proz. Arbeitslose und 30 Proz. Kurzarbeiter, die Zahlstelle Bielefeld 37 Proz. Arbeitslose und 28 Proz. Kurzarbeiter. Angesichts dieser Zustände waren die Erfolgsmöglichkeiten in der Agitation sehr gering. Die Mitgliederzahl ging im Gau von 3950 im Jahre 1928 auf 3512 am Ende des Jahres 1931 zurück. Dann berichtete Kornacker über die Tarif- und Lohnbewegungen im Gau, die sich immer schwieriger gestalten. Kornacker dankte allen Funktionären für die treue Mitarbeit, die zur reibungslosen Abwicklung aller Geschäfte erheblich beigetragen hat. In der regen Aussprache gaben die Delegierten teilweise Bericht über die Lage in ihren Orten, die das gleiche trübe schon von Kornacker geschilderte Bild zeigten.

Im Anschluß an den ersten Punkt der Tagesordnung fand abends eine von den Goslarer Kollegen veranstaltete Begrüßung statt, die mit einigen vom Gesangverein „Gleichheit“ vorgetragenen Kampfliedern stimmungsvoll eingeleitet wurde und sehr harmonisch verlief. Im Rahmen dieser Veranstaltung begrüßte der Vorsitzende des Ortsausschusses des DGB, die Delegierten und Gäste und gab einen sehr interessanten historischen Ueberblick über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Goslar.

Am 26. Juni erstattete Kollege Gille Bericht vom Verbandstag. In großen Umrissen gab er ein Bild von der Gesamtlage des Verbandes und den Beschlüssen des Verbandstages. Die Not der Zeit habe gezwungen, tief in die Unterfütigungseinrichtungen des Verbandes einzuschneiden. Es seien Notmaßnahmen beschlossen worden, die in hoffentlich bald besserer Zeit wieder rückgängig gemacht werden können. Jetzt gelte es, fest zusammenzuhalten in einigem Willen und Wollen, dann würden wir auch diese schwere Zeit überwinden. An den Bericht knüpfte sich eine rege Aussprache und die Beschlüsse des Verbandstages fanden angesichts der Verhältnisse bei den Delegierten volles Verständnis.

Ueber „Der Verband in der Wirtschaftskrise“ referierte Kollege Wienick-Berlin. Redner schilderte Ursachen und Wirkung der Krise und zeigte in Zahlen aus den letzten Jahren die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserem Berufe. In Verbindung damit legte er dar, welche Leistungen unser Verband in bezug auf das Unterfütigungswesen in dieser Zeit zu vollziehen hatte. Er schilderte eingehend die tarifliche Lage im Gewerbe und nahm Bezug auf die Vorgänge in letzter Zeit. Die Ausführungen des Kollegen Wienick wurden mit großem Interesse und lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Darauf wurde zu den Neuwahlen des Tarifausschusses, des Verbandsbeirats und der Angestellten Stellung genommen. Einstimmig beschloß der Gautag, den Kollegen Kornacker wieder als Tarifausschufmitglied zu bestimmen. Als Vertreter in den Verbandsbeirat wurden die Kollegen Ohwald und Kornacker-Hannover und Ströhl-Bielefeld in Vorschlag gebracht. Kornacker befehlt sich seine Stellungnahme vor und hat später auf die Kandidatur verzichtet. Zur Neuwahl der Gauangestellten wurde beschlossen, dem Verbandsvorstand die Wiederwahl der Kollegen Kornacker und Kempe zu empfehlen.

Zum Abschluß der Verhandlung fand Kollege Kornacker anfeuernde Worte für die weitere Mitarbeit am Auf- und Ausbau unseres Verbandes. Wir befinden uns heute in einer schweren Zeit. Die Links- und Rechtsradikalen setzten alles daran, den Gewerkschaften Abbruch zu tun, das Vertrauen zu den Führern zu untergraben. Halten wir unsere Reihen eing, fest und geschlossen, es gilt, alles daran zu setzen, um durchzuhalten bis zum endgültigen Sieg. Mit einem Hoch auf den Verband, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, fand der Gautag seinen Abschluß. Gille.

Mit unserem Verbandstag

haben sich weitere Versammlungen beschäftigt, über die im folgenden berichtet wird:

Die am 2. Juli stattgefundenen Versammlung der Zahlstelle Potsdam-Nowawes nahm den Bericht des Gauleiters Kollegen Lemser, Berlin, über den Verbandstag in Leipzig entgegen. Kollege Lemser zeigte an Hand von Beispielen die ungeheure Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen in den letzten Jahren, sowie die Gegenmaßnahmen, die speziell in unserem Verbandsverband getroffen worden waren. Die absolut sachlichen Ausführungen des Redners wurden von der Versammlung mit größtem Interesse entgegen genommen. In der Diskussion kam einmütig die Notwendigkeit zum Ausdruck, dem Verbandsverband jetzt erst recht die Treue zu bewahren. Die Zahlstelle Potsdam-Nowawes kann mit Befriedigung feststellen, daß der Mitgliederbestand trotz aller Wirtschaftsnöte unverändert geblieben ist. Beschllossen wurde, am 21. August einen Familienausflug nach Eiche stattfinden zu lassen. Mit einem Hinweis, sich bei der bevorstehenden Reichstagswahl in den Dienst der Eisernen Front zu stellen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

* * *

Die Kollegenschaft von Eberswalde beschäftigte sich am 28. Juni mit dem „Bericht vom Verbandstag“. Kollege Giffert konnte einleitend einen auffallend guten Besuch der Versammlung feststellen, was besonders erfreulich war, da es sich fast ausschließlich um Kolleginnen handelte. Kollege Büsching, Frankfurt an der Oder, gab in eineinhalbstündigem Vortrage ein ausführliches Bild vom Verlauf der Tagung und begründete die gefassten Beschlüsse. Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen in zustimmendem Sinne. Scharf verurteilt wurde die Aussetzung der Krankenunterstützung auf ein Jahr. Es soll deren Wiedereinführung baldigst versucht werden. Begrüßt wurde, daß den langjährigen Mitgliedern durch Ablehnung des Antrages 104 bei erneutem Unterstützungsbezug alle geleisteten Beiträge angerechnet werden, ferner die Beibehaltung des Beirates. Im Schlußwort konnte Kollege Büsching die sachliche Diskussion feststellen und einige Richtigstellungen machen. Er wies bei dieser Gelegenheit auch auf die Bedeutung der Reichstagswahl für die Arbeiterchaft im allgemeinen und besonders auch für die Gewerkschaften hin.

Zur Berichterstattung über den Verbandstag fand am 20. Juni in Frankfurt an der Oder eine Versammlung statt. Trotz der wichtigen Tagesordnung und Einladung durch Handzettel war der Besuch mäßig. Kollege Büsching berichtete ausführlich über den Verlauf und die gefassten Beschlüsse des Verbandstages. Durch die Beschlüsse soll unser Verband schlagkräftig und finanziell gestiftet werden. Wir alle wollen, daß durch unsere Organisation in erster Linie die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in dieser Wirtschaftskrise verteidigt werden. Aus diesem Grunde müssen die Mitglieder auch weiterhin ihrem Verbandsverband die Treue halten und für ihn werben. In der Diskussion wurde die Nichtaufhebung, der von unserem Gau geforderten neuen Beitragsklasse, wie auch die vorläufige Aufhebung der Krankenunterstützung sehr bebauert. Man war ferner der Meinung, daß auf die jahrelangen Kurzarbeiter bezüglich der Beitragszahlung zu wenig Rücksicht genommen wird. Deren Lohn kommt oft dem der Arbeitslosen gleich und ist die bisherige Regelung der Beitragszahlung für sie zu schwer belastend. Auch

auf die Anteile der Zahlstellen zur Bestreitung örtlicher Ausgaben hätte mehr Rücksicht genommen werden können. Befriedigt war man über die Ablehnung des Antrages 104 und auch über die Beibehaltung des Beirates. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und andere wichtige Tagesordnungspunkte (Neuabschluß des Manteltarifis in der örtlichen Tütenindustrie) beschloß man Beendigung der Diskussion. Die Aussprache soll jedoch in der Julierversammlung fortgesetzt werden.

Berichte.

Leipzig. Eine gut besuchte außerordentliche Generalversammlung nahm am 27. Juni den Bericht über die stattgefundenen Akkordlohn- und Manteltarifverhandlungen für die Großbuchbindereien entgegen. Kollege Hefse schilderte die schwierigen Aufgaben, vor denen diesmal die Unterhändler gestanden haben, was auch aus der langen Verhandlungsbauer hervorgehe. Hefse berichtete ausführlich über die einzelnen Fragen, Anträge und den Verhandlungsstand. — Kollege Haffner verwies auf den Bericht in der „Buchbinder-Zeitung“ über die Verhandlungen und das Abkommen für die Buchdruckerbuchbinder und Wespapapierindustrie und berichtete dann ausführlich über die Verhandlungen in der hiesigen Luxuspapierbranche. Diesem Vertragsverhältnis, das seit 13 Jahren besteht, unterstehen in Leipzig mehr als 1200 Kolleginnen und Kollegen. Nach 14tägiger Verhandlung konnte der geplante Lohnabbau von 20 Proz. abgewehrt und der geltende Lohnsatz bis zum 2. September verlängert werden. Eine unveränderte Verlängerung des Mantelvertrages war nicht möglich, es mußten auch hier sogenannte „Notzeitbestimmungen“ mit um 25 Proz. gekürzter Ferienbezahlung aufgenommen werden. Wenn sich diese Verhandlungen so außerordentlich schwierig gestalten, dann liegt dies daran, daß andere Orte im Reich mit Luxuspapierbranchen weit niedrigere Löhne haben als Leipzig.

In der Aussprache gaben sich einige Kollegen Mühe, recht wenig über die Sache zu sprechen, sie glaubten vielmehr, daß es notwendig und zeitgemäß sei, etwas Erläutertes und Gelesenes und von ihrem Standpunkt auch etwas Weisheit loswerden zu können. Die Versammlung bewies jedoch durch Zwischenrufe und Unruhe, daß sie nicht gewillt war, unsere Gewerkschaftsversammlungen als politischen Tummelplatz mißbrauchen zu lassen. Weitere Diskussionsredner sprachen unseren Unterhändlern das Vertrauen aus, würdigten deren aufreibende Arbeit und wandten sich gegen den Unflug der Oppo-Redner. Hefse brachte keine Verwunderung zum Ausdruck, mit welcher Lammesgebude die Versammlung die politischen Scharlatane anhörte. Kollege Haffner rechnet ebenfalls mit seinen Freunden von links ab und betonte, daß zuviel Toleranz geübt worden sei und daß damit Schluf gemacht werden müsse. Er ermahnt vor allem den Kollegen Mähler, ein mannbares Benehmen an den Tag zu legen. Beschllossen wurde, daß die Kollegen Hefse, Haffner und Bönlich weiter als Angestellte der Zahlstelle tätig sein sollen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Rüge. Dem Mitglied Wilhelm W i e n t e, Buchnummer 14 974 in Berlin, wird hiermit nach Maßgabe des § 16, Abs. b des Statuts eine öffentliche Rüge erteilt.

Die Sozialbeiträge sind in der Zahlstelle Tiffit ab Woche 27 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
	5	5	10	15	15

Abrechnungen

vom zweiten Quartal 1932 gingen bis zum 12. Juli bei der Verbandskasse ein von: Rottbus — Mt., Spremberg 514,— Mt. = Gau Magdeburg — Mt., Ackerleben — Mt., Burg 382,60 Mt., Magdeburg 2000,— Mt., Osterwed — Mt., Rathenow — Mt., Lorgau 100,— Mt. = Randel 426,80 Mt., Neustadt — Mt. = Altenburg 350,— Mt., Arnstadt — Mt., Göhnik — Mt., Langenlitz — Mt. = Brandis 149,— Mt., Crimmitzschau 380 Mt., Freiberg — Mt., Leipzig 4638,58 Mt., Meißen — Mt., Oberwiesenthal — Mt., Raschau — Mt., Wurzen — Mt. = Ansbach — Mt., Erlangen — Mt. = Kaufbeuren — Mt.

Der Verbandsvorstand.